



(c)Dirk Mittermeier[/caption]

## Begegnungen

Fachgespräche sind auch im Urlaub nicht ausgeschlossen. Diesmal sind es zwei Zahnärzte, beide in ihrer dritten Lebensphase. Einer ist ehrenamtlich für die Bremer Seniorenvertretung tätig und erkundet Altersbilder, der andere geht noch seinem Beruf nach, auf einer Sonneninsel mit dem Flair des Urlaubs. **(mehr auf Seite 2)**

## Zur Zuwanderung

Es wird immer wieder darüber diskutiert, wie sich Integration definiert, z.B. wo die Zuständigkeiten liegen und welche Leistungen zum Erfolg beitragen können. In unserem letzten Beitrag zum Thema Zuwanderung geht es diesmal etwas genauer um die Integration in Bremen. Vier Bereiche werden kurz vorgestellt: Sprachvermittlung, Bildung, Arbeit und Werte. Zu den Menschen mit Migrationshintergrund gehören inzwischen auch viele der Generation 60+. Die Bremer Seniorenvertretung hat sich seit 2012 intensiv bemüht, Beiträge zur Integration dieser Bevölkerungsgruppe zu leisten, indem sie z.B. Informationen in türkischer Sprache herausgibt. Leider ist es bisher nicht gelungen, den fremdsprachlichen Kanon zu erweitern. **(mehr auf Seite 2)**

## Schlüsselerlebnis

Eurozylinderschloss und Euroschlüssel sind seit über 30 Jahren ein europaweit einheitliches Schließsystem für behindertengerechte Anlagen und sind fast flächendeckend in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu finden. **(mehr auf Seite 3)**

## Kurzzeitpflege in Bremen

Die turnusgemäße Sitzung der Bremer Landesseniorenvertretung am 22.6.18 in Stotel hat sich u.a. mit der Situation der Kurzzeitpflege befasst. Als Ergebnis wurde dazu eine Pressemitteilung herausgegeben. **(mehr auf Seite 6)**

## Die Augen haben sich geschlossen

Die seit 5 Jahren vom Präventionszentrum der Bremer Kriminalpolizei eingerichtete erfolgreiche Initiative „Augen unserer Stadt“ musste beendet werden. Verantwortlich dafür ist die im Rahmen des BAMF-Skandals erforderliche Umorganisation der ermittelnden Bremer Polizeikräfte. **(mehr auf Seite 6)**

## Zur Beirätekonzferenz

In der letzten Beirätekonzferenz am 14.Juni 2018 wurde in der Hauptsache darüber gesprochen, welche Wege für eine intensivere Bürgerbeteiligung beschritten werden könnten. **(mehr auf Seite 7)**

## Geld verdirbt den Charakter

Eine aktuelle Masche bereitet nicht nur der Bremer Seniorenvertretung große Sorgen: Man will mit Wohneigentum trotz der sowieso schon hohen Mieten kurzfristig noch mehr Geld einnehmen, allerdings auf Kosten der gegenwärtigen Mieter/-innen, **(mehr auf Seite 8)**

### Inhalt

<b>Begegnungen</b>	S.2
<b>Zur Zuwanderung</b>	S.2
<b>Schlüsselerlebnis</b>	S.3
<b>Überweg wird gesichert</b>	S.4
<b>Seniorenforum</b>	S.4
Es geht mal wieder auf die Kleinen	
Geht's noch?	
<b>Schließung der Hallenbäder im Sommer</b>	S.6
<b>Kurzzeitpflege in Bremen</b>	S.6
<b>Die Augen haben sich geschlossen</b>	S.6
<b>Nachrichten aus der Beirätekonzferenz</b>	S.7
<b>Zur neuen Landesbauordnung</b>	S.7
<b>Geld verdirbt den Charakter</b>	S.8
<b>Türkçe informasyonlar</b>	S.9

**Begegnungen***Dr. Dirk Mittermeier*

Eine Verständigung in deutscher Sprache ist gar kein Problem auf Mallorca, viele Restaurants, Bars und Geschäfte werden von Deutschen geführt, besonders in den Touristen-Zentren an der Küste. Deutsche Ärzte sind in den großen Kliniken auf der Insel zu finden. Viele Fachärzte aus Deutschland haben sich in speziellen privaten Praxen auf Mallorca niedergelassen oder in Zentren zusammen-geschlossen. Sehr häufig findet sich der Hinweis „Clinica dental mit deutscher Führung“.

Ich treffe Astrid (69) und Hans (70), die vor 17 Jahren Bremen und ihrer Praxis in Bremen-Nord nach zwanzig Jahren zahnärztlicher Tätigkeit dort den Rücken gekehrt und sich in Santa Ponca niedergelassen haben. „Es war eine Systemflucht in die Freiheit der Berufsausübung und die Neugier“, sagt Hans. Ihre Praxis an einer belebten Strasse des mallorcinischen Küstenortes ist auf dem neuesten zahnmedizinisch-technischen Stand. Angeboten werden implantologische Leistungen, Lasertechnik, digitales Röntgen. Alles nicht unbedingt durchgehend der Standard in Bremen. Im Gegensatz zum deutschen System ist die zahnärztliche Behandlung in Spanien immer eine Privatbehandlung, d.h. eine Behandlung nach selbst kalkulierten Preisen, allerdings weitgehend in Anlehnung an die deutsche Gebührenordnung. Das Klientel der Praxis setzt sich in etwa zu gleichen Teilen aus spanischen und internationalen, überwiegend deutschen Patienten zusammen. Deutsche, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, erhalten bei Vorlage der Privatrechnung in Deutschland den Geldbetrag für die Kassenleistung erstattet. Die deutsche Altersversorgung für 20 Jahre Tätigkeit in Deutschland erhalten die beiden bereits, was sie für ihre Einzahlungen in das spanische Renten-System zusätzlich erhalten werden, ist ihnen noch nicht bekannt.



(c)Dirk Mittermeier[/caption]

Die nachberufliche Lebensphase, die beginnt, wenn sich ein Nachfolger für die Praxis gefunden hat, wollen die beiden auf Mallorca verbringen. Inzwischen haben Astrid und Hans keine Verbindungen mehr zu Bremen, nachdem Astrids Vater mit 92 Jahren auch nach Mallorca in eine Altersresidenz in Es Castellot übergesiedelt ist. Sie freuen sich dennoch über den Besuch und die Informationen aus der alten Heimat, mein kleines Schmerzproblem wurde nebenbei auch noch schnell erledigt.

**Zur Zuwanderung***Dr. Karl Bronke***Wie steht es um die Integration von Flüchtlingen in Bremen?**

Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, ist ihnen unser Land fremd - und auch sie sind uns zunächst fremd. Integration bedeutet, dass diejenigen, die absehbar länger in Deutschland bleiben, Teil der Gesellschaft werden, mit allen Rechten und Pflichten. Wichtige Grundlagen: die Sprache, die Bildung und die Arbeit. Es geht aber auch um Werte.



*Sprache* ist dabei der Schlüssel zu allen anderen Feldern. Neu ankommende Flüchtlinge mit Bleibeperspektive sind verpflichtet, an Integrationskursen teilzunehmen, die auch das Erlernen der Sprache in 700 Unterrichtseinheiten umfassen. Im Land Bremen haben im Jahr 2017 insgesamt 4.261 Personen teilgenommen. Erreicht man das nötige Sprachniveau nicht, ist eine Wiederholung von 300 Einheiten vorgesehen. Es gibt auch spezielle Kurse für Menschen, die nicht lesen und schreiben können. Die schulpflichtigen Kinder aus den Flüchtlingsfamilien lernen Deutsch in sog. Vorkursen an den Schulen. Dort werden derzeit 2.831 Schüler unterrichtet, darunter sind etwa 60% Flüchtlingskinder (die anderen kommen aus anderen Ländern wie Bulgarien und Rumänien). Die Stadt Bremen ergänzt dieses Angebot durch Kurse an der Volkshochschule. Im Jahr 2017 wurden 71 Kurse mit 1.348 Teilnehmern durchgeführt.

**Bildung:** Alle Minderjährigen unterliegen der Schulpflicht, die mit den geschilderten Vorkursen beginnt. Die Integration in die Klassen erfolgt nach und nach, die Sprachförderung ist bei Bedarf auch nach den Vorkursen unterrichtsbegleitend. Nach Ende der Schulpflicht werden Einstiegsqualifizierungen angeboten, die aber derzeit noch nicht für alle der im Sommer 2018 erwarteten 800 Abgänger aus den Berufsschulen ausreichen.

**Arbeit:** Jobcenter und Arbeitsagentur bieten den Flüchtlingen eine allgemeine Beratung und Förderung an, aus dem Europäischen Sozialfonds werden spezielle Maßnahmen entwickelt. Im Land Bremen nahmen im April 2018 insgesamt 5.553 Flüchtlinge an Fördermaßnahmen u.ä. teil, 3.548 waren arbeitslos. Aus den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit wissen wir, dass derzeit etwa ein Viertel aller erwerbsfähigen Flüchtlinge eine sozialversicherungspflichtige Arbeit gefunden hat (216.000 Personen), insbesondere in der Gastronomie, im Baubereich und im Sicherheitsbereich.

**Werte:** Wir als Aufnahmegesellschaft erwarten auch die Akzeptanz unserer Grundwerte, wie sie sich im Grundgesetz ausdrücken. Dies zu vermitteln ist Aufgabe von Schule, von Erwachsenenbildung, aber auch der Gesellschaft insgesamt. Ehrenamtliche spielen hier eine besonders wichtige Rolle.

### **Schlüsselerlebnis - Euroschlüssel für Behindertentoiletten**

**Dr. Dirk Mittermeier**



(c) Marko Krings

Eurozylinderschloss und Euroschlüssel sind seit über 30 Jahren ein europaweit einheitliches Schließsystem für behindertengerechte Anlagen und sind fast flächendeckend in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu finden. Besitzer eines Euroschlüssels können Behindertentoiletten in Städten, öffentlichen Gebäuden, Bahnhöfen, Autobahnraststätten, Hochschulen, Freizeitanlagen, Kaufhäusern benutzen.

Der Zugang ist lediglich einem eingeschränkten Personenkreis vorbehalten, der auf besondere Einrichtungen und Ausgestaltung angewiesen ist. Schutz vor Beschädigung durch Vandalismus und besondere Sauberkeit und Hygiene muss gewährleistet sein. Insbesondere blinde und sehbehinderte Menschen müssen die verschiedenen Anlagenelemente ertasten und schätzen daher eine saubere Einrichtung sehr. Durch die eingeschränkte Zahl der Nutzer kann dies besser erreicht werden als bei einem freien Zugang für jedermann. Berechtigter zum Kauf eines Euroschlüssels sind behinderte Personen, die in Ihrem Schwerbehindertenausweis entweder – unabhängig vom Grad der Behinderung – eines der Merkzeichen aG, B, H, Bl eingetragen haben oder das Merkzeichen G und einen Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 70 eingetragen haben. Zu diesem Personenkreis gehören in der Regel:

- Blinde
- Rollstuhlfahrer
- Schwerbehinderte, die hilfsbedürftig sind und gegebenenfalls eine Hilfsperson brauchen
- Multiple Sklerose Erkrankte
- Colitis ulcerosa Erkrankte
- Sehbehinderte
- Stomaträger
- Morbus Crohn Erkrankte
- Menschen mit chronischen Blasen-/Darmleiden
- schwer Gehbehinderte



© Eurokey

Ein entsprechendes Verzeichnis mit über 12.000 Toilettenstandorten in Deutschland und Europa, „Der Locus“ (2017), ist erhältlich beim Darmstädter Verein Club Behinderter und ihrer Freunde, Darmstadt und Umgebung e. V. Von dort wird auch der EURO-Schlüssel selbst deutschland- und europaweit vertrieben. Viele Blinden- und Sehbehindertenvereine bieten den Euroschlüssel auch in ihren Geschäfts- und Beratungsstellen zum Kauf an.

Privatpersonen können den Schlüssel durch Zusendung einer Kopie ihres Schwerbehindertenausweises (Vorder- und Rückseite) per Post, Telefax oder E-Mail bestellen. An Stelle des Schwerbehindertenausweises werden bei Morbus Crohn oder Colitis Ulcerosa eine ärztliche Stellungnahme benötigt. Dies ist nötig, um den Euroschlüssel wirklich nur dem berechtigten Personenkreis zugänglich zu machen. Derzeit betragen die Kosten für einen Euroschlüssel 20,00 EUR, für einen Schlüssel mit Verzeichnis „Der Locus“ 27,00 EUR oder für den „Locus“ alleine 8,00 EUR. Im Internet werden für den Bereich Bremens 89 „Locus“-Ergebnisse verzeichnet. Ausserdem sind entsprechende stille Örtchen für den smartphone-Besitzer auch über verschiedene Apps zu finden.

**Überweg wird gesichert!**

Elke Scharff

Nun ist es endlich so weit. Seit Mai 2016 bemühte sich die Bremer Seniorenvertretung um die Einrichtung einer Ampelanlage an der Theodor-Billroth-Straße (Haltestelle Klinikum Links der Weser). Mitstreiter war der Klinikverbund GENO. Es ging um mehr Sicherheit für die Fußgänger, und für längere Gelenkbusse sollte gewährleistet werden, dass sie beim Einbiegen in die verkehrsreiche Straße nicht den Gegenverkehr behindern. Mehrfach fand ein Schriftwechsel mit dem Verkehrssenator, Dr. Joachim Lohse, mit dem Vorstand der BSAG und mit dem Ortsamt statt. Die Bremer Seniorenvertretung hat auch einen Dringlichkeitsantrag an den Senator eingereicht und klärende Besuchstermine wahrgenommen. .

Wie dem Stadtteilkurier vom 18.Juni 2018 entnommen werden konnte, wird die Ampel in diesem Herbst installiert. Der Verkehrsausschuss des Beirates Obervieland hatte bereits am 7.Juni 2018 getagt und diese Meldung zur Kenntnis genommen. Die Bremer Seniorenvertretung, insbesondere die Delegierten in Obervieland, freuen sich über den erfolgreichen Einsatz in dieser Angelegenheit. Man hofft, dass der angekündigte Termin der Fertigstellung eingehalten wird und sich dann an der Theodor-Billroth-Straße die Verkehrslage entschärft.

**Seniorenforum****Es geht mal wieder auf die Kleinen!**

Im Weser-Kurier (26.Juni 2018,S.22) war zu lesen, dass man zukünftig immer seltener oder gar nicht mehr Geld rund um die Uhr von Bankautomaten abheben kann. Diese Meldung beunruhigt mich weniger, denn vor der Automatisierung des Bankwesens waren nächtliche oder wochenendliche Geldabhebungen auch nicht möglich, und ich habe mich darauf als geschäftsfähiger Bankkunde mehr als 50 Jahre einstellen können. Ich verstehe auch, wenn sich die Banken durch nächtliche Schließung der Automatenräume vor dem Vandalismus, der zunehmend gesellschaftsfähig zu werden scheint, schützen wollen. Wofür ich aber gar kein Verständnis aufbringen kann, das ist der inzwischen schon vereinzelt umgesetzte Plan der Banken, für das Abheben von kleineren Beträgen oder gar grundsätzlich für das Abheben von irgendeinem Betrag Gebühren zu verlangen.

Die Bankkunden zahlen sowieso monatliche oder vierteljährliche Gebühren. Inzwischen gehen sie immer seltener an den mit Personal besetzten Schalter, sondern erledigen selber ihre Geldgeschäfte am Automaten. Die Bank spart Personal, die Automaten arbeiten selbständig. Das kostet vielleicht ein wenig Strom. Gewiss, die Bank muss die Automaten kaufen oder mieten und instandhalten. Aber sie arbeitet auch mit unseren Geldeinlagen, an denen sie gewiss nicht wenig verdient. Außerdem zahlt sie seit langer Zeit nur sehr niedrige oder gar keine Zinsen. Betrachtet man die Bauten und Räumlichkeiten der Banken, z.B. der NordLB am Domshof, sieht man kaum irgendwelche Merkmale, die auf Sparsamkeit hinweisen. Verständlich ist noch, dass Fremdkunden für Auszahlungen bezahlen müssen. Aber es ist wohl sehr fragwürdig, wenn für das Abheben von Beträgen unter 50 € eine Sondergebühr verlangt wird. Das trifft vor allem diejenigen, die sehr umsichtig mit ihren finanziellen Mitteln umgehen müssen, z.B. Menschen mit niedriger Rente, und das sind häufig Menschen der älteren Generation. In der sich langsam einbürgernden Versorgung mit Bargeld im Handel (bei Supermärkten, Apotheken oder Tankstellen) sehe ich auch keine rechte Lösung, denn wozu sollte ich dann noch der Bank die Grundgebühren zahlen? Bei der Verlagerung ihrer Dienste auf fremde Auszahlungsstellen müsste sie schon die Grundgebühren senken.

Allmählich empfinde ich die Versuche vieler Geldinstitute, auf Kosten der sogenannten Kleinkunden selbstverschuldete Gewinnverluste durch ständig neue Gebühren zu kompensieren, ziemlich unverschämt. Man sollte vielleicht die Architekten und Architektinnen bitten, in Zukunft alle Neubauwohnungen mit eingebauten kleinen Tresoren auszustatten. Dann kann man seine Geldmittel selber lagern und ohne zusätzliche Wege in beliebigen Summen entnehmen. Bei der Entwicklung des Bankwesens und der Digitalisierung mit ihren Unwägbarkeiten gehört der Tresor wie Küche und Bad einfach dazu.

**Gerd Feller**

### ***Gehts noch?***

Östliche Vorstadt Bremen vorletzte Woche: In einem Wohnhaus mit vielen älteren Menschen und einem intakten nachbarschaftlichen Miteinander kommt der 90jährige Heinz Z. morgens nicht aus dem Bett. Sein linkes Knie schmerzt sehr und ist stark geschwollen. Er bekommt nachbarschaftliche Hilfe in Form von Frühstück. Das Büro eines privaten Pflegeunternehmens im Erdgeschoss wird informiert und schickt zwei Helfer in die Wohnung. Der Neunzigjährige wird in einen Sessel gesetzt. Der Hausarzt ist urlaubsbedingt nicht verfügbar, die Vertretung will um 14:00 Uhr kommen, erscheint um 15:30 Uhr. Nachbarn versorgen den geistig fiten Senior nun auch mit Mittagessen. Der herbei"geeilte" Arzt weist den Patienten ins Krankenhaus ein. Ein Krankenwagen ist gegen 18:00 Uhr verfügbar und bringt Heinz Z. zum St. Joseph-Stift. Soweit so gut(?).

Im Krankenhaus dann gibt es mit Wartezeiten Untersuchungen: Blutentnahme, Röntgen, EKG. Die ärztliche Diagnose: Verschleiß im Knie, wie er bei älteren Menschen häufig auftritt. Wegen der kardiologischen Befunde besteht keine Operationsmöglichkeit. Ein Bett in der Geriatrie steht nicht zur Verfügung. Es gibt während des gut 6stündigen Aufenthalts in der Ambulanz sporadisch Gespräche mit einer internistischen Ärztin und einem chirurgischen Facharzt. Um kurz vor Mitternacht ist die Information kurz und knapp: „Sie müssen nach Hause!“, so der Arzt. Die Frage des Patienten, wie er das anstellen solle, da er zur Zeit alleine lebe und seinen Schlüssel einer Nachbarin überlassen habe. Der Arzt: „Ja, soll ich Ihnen meine Wohnung zur Verfügung stellen?“

Um 00:30Uhr (gehts noch?) wird Heinz Z. mit seinem Stock, auf einem Schuh, mit dem zweiten Schuh (defekt durch die erfolglosen Versuche der Ärztin, ihn für den geschwollenen Fuss zu weiten) separat im Plastikbeutel „entlassen“. Bevor er ein herbeigerufenes Taxi besteigt, telefoniert er erneut mit der Nachbarin zu dieser nächtlichen Stunde, sagt, er wolle sie jetzt nicht wegen des Schlüssels behelligen und jetzt erstmal in ein Hotel, da er eine Rückkehr in seine Wohnung nicht für machbar hielt. Sie besteht darauf, ihn ins Haus hereinzulassen. Der hilfsbereite Taxifahrer hilft ihm bei dem schwierigen Einstieg in sein Auto und erlaubt sich die Frage „Ist das denn richtig, was hier passiert?“ Die Nachbarin öffnet ihm die Haustür und schafft ihn mit einem vom Nachbarn ausgeliehenen Rollstuhl in seine Wohnung. Eine weitere ebenfalls noch schlaflose Nachbarin hilft dabei, ihn ins Bett zu bringen.

Dabei drängen sich etliche Fragen auf: Ohne Rücksicht auf das situative Umfeld und das hohe Alter des Patienten wird hier, zumal mitten in der Nacht, ein 90jähriger auf die Piste geschickt? War eine Notfall-Ambulanz hier überfordert und wäre er mit Zahlung einer „Notfallgebühr“ umsichtiger behandelt worden? Wie gehen Notfallambulanzen zukünftig mit einer stetig steigenden Zahl von alten, älteren und hochbetagten „Verschleißpatienten“ um? Wenn ein „Entlassungsmanagement“ nur für diejenigen Patienten gilt, die mindestens eine Nacht im Krankenhaus „aufgenommen“ oder stationär behandelt wurden, ist es vielleicht an der Zeit, dass Krankenhäuser auch für diese Fälle Überlegungen anstellen, wie solche Fälle patientengerecht zu „managen“ sind. Dem Renommee einer Krankeneinrichtung wäre das auf jeden Fall sehr zuträglich. Was wäre passiert oder hätte passieren können, wenn nicht – wie in diesem Fall – hilfsbereite und erreichbare Nachbarn vorhanden gewesen wären? Müssen wir daraus die Lehre ziehen, dass es unter den Vorzeichen dieses Einzelfalles (ist es ein Einzelfall?) bei den auch ansonsten bestehenden strukturellen Problemen der Gesundheitsversorgung in der Stadt nicht erstrebenswert sein kann, in Bremen ein hohes Alter zu erreichen? Sollen wir alten, älteren und hochbetagten Patienten uns darauf einstellen, dass unsere „Verschleiß“-probleme nicht in eine Ambulanz gehören? Sollen wir uns am besten schon zuhause überlegen, ob wir damit überhaupt eine Ambulanz aufsuchen? Oder sollen wir uns in welcher Form auch immer den unrühmlichen, leider in Bremen geprägten Begriff vom „sozialverträglichen Frühableben“ zu eigen machen? Es gilt nicht, in dieser Sache Schuldige oder ein Fehlverhalten zu finden, sondern es wäre zielführend, die bestehenden Strukturen oder Verhaltensregeln zu hinterfragen und angemessen zu verändern.

**Dr.Dirk Mittermeier**

**Die für das Seniorenforum zugesandten Beiträge können gekürzt werden und geben die persönliche Auffassung ihrer Verfasser/-innen wieder, deren postalische Adresse bekannt ist. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.**

## **Schließung der Hallenbäder während der Sommermonate.**

Ernst Benthien



Ein großes Ärgernis ist erneut die Schließung der Hallenbäder während der Sommermonate. Senioren mit Gelenkschäden haben keine Möglichkeit, die Krankheit durch Bewegung in Warmbädern zu mildern. Außerdem steht diese Maßnahme in Widerspruch zu den vom Bundesgesundheitsministerium über das Leibniz-Institut (BIPS) der Uni Bremen geförderten Maßnahmen zur Bewegung im Alter. Mit diesem Projekt soll Gesundheit durch Bewegung gefördert werden.

Es kann doch nicht sein, dass eine Bundesbehörde Bewegung im Alter fordert und mit Maßnahmen unterstützt und an anderer Stelle wird entgegengesetzt gehandelt. Die Bremer Seniorenvertretung fordert die Bremer Bäder-GmbH und den Senat auf, in Zukunft von einer Schließung der Hallenbäder während der Sommermonate abzusehen. Diese Entscheidung, falls sie noch vor der Bürgerschaftswahl 2019 getroffen werden sollte, würde von den Bürgern sicher gut aufgenommen.



### **Kurzzeitpflege im Land Bremen schlecht aufgestellt**



Bei ihrer turnusmäßigen gemeinsamen Sitzung am 22. Juni 2018 in Stotel haben sich die Seniorenvertretung Bremen und der Seniorenbeirat Bremerhaven mit der aktuellen Situation der Kurzzeitpflege in den beiden Städten beschäftigt. Ausgehend von den zur Verfügung stehenden Zahlen der Kurzzeitpflegebetten und der Kurzzeitpflegeeinrichtungen stellen die beiden Organisationen fest, dass die Kapazitäten den Bedarf bei Weitem nicht abdecken und die Bettenzahl nicht ausreichend ist.

Die beiden Organisationen fordern nachdrücklich eine Verdoppelung der Bettenzahl für die Kurzzeitpflege in Bremen und Bremerhaven gegenüber dem heutigen Stand. Darüber hinaus wird gefordert, dass die Pflege-Plätze engmaschig durch die Heimaufsicht geprüft werden.

Auch für den Hospiz- und Palliativbereich, als Teil der Kurzzeitpflege, sehen die Seniorenvertretung Bremen und der Seniorenbeirat Bremerhaven einen erhöhten Bedarf und drängen auf eine schnelle Umsetzung speziell für Bremerhaven.

(PM Bremen/Bremerhaven, 22. Juni 2018)



### **Die Augen haben sich geschlossen**

Gerd Feller

Die erfolgreiche Kampagne „Augen unserer Stadt“ wurde jetzt mit sofortiger Wirkung eingestellt. Diese traurige Nachricht erreichte die Bremer Seniorenvertretung am 19. Juni 2018. Es handelt sich dabei um eine seit 5 Jahren erfolgreiche Initiative des Präventionszentrums der Bremer Kriminalpolizei. Damit endet auch leider die Zusammenarbeit der Bremer Seniorenvertretung mit Holger Ihnen, der uns stets mit wertvollen Informationen versorgt hat.

Die „Augen unserer Stadt“ gehörten nicht nur der Polizei, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern. Wer an der Kampagne teilnahm, meldete das, was ihm an fragwürdigen Vorgängen und Verhaltensweisen im öffentlichen Raum oder an der Haus- und Wohnungstür auffiel, an die Präventionsstelle, die dann den jeweiligen Fall untersuchte und die Öffentlichkeit wiederum über alte und neue kriminelle Methoden informierte.

Wir alle wissen, dass gerade für ältere Menschen die Einbruchs- und Betrugskriminalität wichtige Themen sind. Mit den „Augen unserer Stadt“ und dem Ausbau der Kriminalprävention wurde nachdrücklich über die wechselnden Tricks der Diebe, Nepper und Bauernfänger berichtet und auf Strategien zur Abwehr hingewiesen.

Trotz anfänglicher Bedenken (vgl. DURCHBLICK 167, Dezember 2013, S.5/6), dass Information allein nicht genüge, um die ältere Generation vor Betrügern zu schützen, hat sich die Institution „Augen unserer Stadt“ als wichtige Informationsquelle doch bewährt. Der DURCHBLICK half, die wichtigen Nachrichten der Präventivstelle unter den älteren Leserinnen/Lesern zu verbreiten. Inzwischen nahm die Bevölkerung die Verhaltensvorschläge ernst, und die Meldungen über eine gelungene Abwehr von Betrugsversuchen nahmen zu.

Wem haben wir die Auflösung der Präventivstelle zu verdanken? Der Misswirtschaft des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und dem ganzen deshalb seit Wochen laufenden Theater. Die umfangreichen polizeilichen Ermittlungen wegen des Korruptionsverdachts und der Verstöße gegen das Asylgesetz erfordern, Personal der Kriminalpolizei zu versetzen. Diese Maßnahme führte auch dazu, dass sich die „Augen unserer Stadt“ geschlossen haben. Das ist mehr als ärgerlich.

Das Präventionszentrum bleibt zwar offiziell bestehen, aber es wird spürbare Einschränkungen bei den öffentlichen Veranstaltungen und bei den Öffnungszeiten für Beratungen geben. Uns wurde mitgeteilt, dass die folgenden Öffnungszeiten ab sofort gelten: Mo-Di: 9:00 – 13:00 Uhr, Do: 9:00 – 16:00 Uhr, Mi + Fr: geschlossen.

Man kann nur hoffen, dass die Vorgänge im BAMF Bremen schnell aufgeklärt und die dafür Verantwortlichen konsequent und angemessen bestraft werden. Diejenigen, die hier ihrer Dienstpflicht nicht nachgekommen sind, haben bei vielen Bürgern erneut Zweifel am Funktionieren des Rechtsstaates ausgelöst und das Bild unserer öffentlichen Verwaltung beschädigt. Viele Bürger/innen sind gespannt, ob und wie der Rechtsstaat die Verfehlungen ohne Ansehen der Person ahndet.

### ***Nachrichten aus der Beirätekonferenz***

***Ernst Benthien***

In der letzten Beirätekonferenz vom 14. Juni 2018 war das Hauptthema die Bürgerbeteiligung. Prof.Dr.Mückenberger (Universität Bremen) referierte über Wege, eine stärkere Bürgerbeteiligung zu erreichen. Es solle ein Kriterien-Katalog mit triologischer Struktur bezüglich der Bürger, der Verwaltung und der Politik aufgestellt werden. Was müssen diese drei Beteiligten leisten, damit Bürgerbeteiligung erfolgreich läuft? So würde z.B. eine Koordinierungsstelle für eine Liste der Vorhaben in den Quartieren die gewünschte Bürgerbeteiligung unterstützen. Er wünsche sich ein Netzwerk Bürgerbeteiligung und jeweils Entwicklungspläne. Bürgerbeteiligung dürfe/solle sich nicht nur auf eine Protesthaltung bei bestimmten Maßnahmen beschränken. Verwaltung und Politik müssten über Entwicklungsplanungen informieren und mit den Bürgern Dialoge führen. Die Diskussion über Bürgerbeteiligung soll nach den Sommerferien weitergeführt werden.

Die Verabschiedung des neuen Beiratsgesetzes soll am 14.08.2018 stattfinden. Die Seniorenvertretung wird darin als Beteiligte mit Frage- sowie Mitspracherecht genannt.

### ***Zur neuen Landesbauordnung***

***Ernst Benthien***

Am 24.Mai 2018 fand eine Sitzung des Bausenators zur Neuordnung der bremischen Landesbauordnung (LBO) statt. Ziel dieser Sitzung war die Einigung mit den freien Wohnungsbaugesellschaften über die Anzahl der rollstuhlgerechten Wohnungen in künftigen Bauvorhaben. Laut Bauordnung soll jede achte Wohnung rollstuhlgerecht ausgestattet sein. Es wurde versucht, über eine gemeinsame Erklärung aller beteiligten Partner abzustimmen. Dies scheiterte allerdings am Veto der freien Wohnungsbaugesellschaften, die nicht bereit waren, irgendeine Erklärung mitzutragen. Die Seniorenvertretung hat auf den Beschluss der Sitzung ihres Arbeitskreises Bauen, Wohnen und Verkehr hingewiesen, dass mindestens jede 12. Wohnung rollstuhlgerecht gebaut werden müsste. Aber auch die Versuche von Dr. Steinbrück (Landesbehindertenbeauftragter) und Dieter Stegmann (Selbstbestimmtes Leben), die freien Wohnungsgesellschaften zu einem Einlenken zu bewegen, schlugen fehl.

Der Verein kom.fort e.V. wurde beauftragt, innerhalb von drei Jahren nach Verabschiedung der LBO den tatsächlichen Bedarf an rollstuhlgerechten Wohnungen in den Stadtteilen festzustellen. Dazu soll bis April 2019 ein Arbeitsbericht mit Fragebogen vorgelegt werden. Freiwerdende rollstuhlgerechte Wohnungen sollen an Bedürftige vergeben werden. Die

Behindertenvertretung soll eine gemeinsame Erklärung erstellen, damit auf der nächsten Sitzung über das Thema abgestimmt werden kann.



(Archivbild)

## **Geld verdirbt den Charakter**

Gerd Feller

Man wundert sich über nichts mehr. Die Meldungen über korruptes, geldgieriges Verhalten, das nicht nur in Großkonzernen und Unternehmerkreisen üblich geworden ist, nehmen in den Medien zu. Eine der letzten Meldungen dieser Art bezieht sich auf die Vermieter von Wohnungen in vielen Städten. Unter dem Vorwand, ihre vermieteten Wohnungen für den Eigenbedarf kündigen zu müssen, vertreiben sie die bisherigen Mieter und Mieterinnen, um die Wohnungen als Touristenunterkünfte kurz- oder auch mittelfristig teurer vermieten zu können. Ein solches Vorgehen klappt, weil der Wohnungsmarkt es wohl fördert.

Eine Wohnungskündigung trifft viele Mieter und Mieterinnen hart, vor allem Familien mit Kindern und eben auch ältere Menschen, die bereits seit vielen Jahren in einer solchen Wohnung gelebt, sich dort wohlfühlt und dafür auch stets pünktlich und zuverlässig ihre Miete bezahlt haben. Oft sind sie nicht in der Lage, für eine neue Wohnung höhere Mieten aufzubringen, die mit Wohnungssuche und Umzug verbundenen bürokratischen oder sogar juristischen Abläufe zu bewältigen und/oder sich in ihrem Alter noch in einem fremden Umfeld zurechtzufinden. Nicht selten stehen dann auch solche touristisch vermarkteten Wohnungen zwischen den Ferienzeiten leer, was gewiss die regionale Wohnsituation nachteilig belastet.

Mit sozialer Marktwirtschaft haben diese Geschäfte nichts zu tun. Denn was ist daran sozial, dass Bürger und Bürgerinnen nur aus Gründen der Gewinnmaximierung aus ihren Wohnungen vertrieben werden? Die Vermieter und Vermieterinnen könnten sich z.B. darauf beschränken, ihre Wohnungen nur dann umzunutzen, wenn sie freiwillig geräumt werden. Bei der Lüge des Bedarfs zur Eigennutzung handelt es sich um einen Rausschmiss und, wie ich denke, um eine subtile Form des Betrugs. Da müssten Entschädigungen fällig werden.

Bremens Bürgerschaft hat das Problem bereits erkannt. Man arbeitet an einem Wohnraumschutzgesetz. Dessen Ziel ist es, Leerstände und Zweckentfremdungen von Wohnraum zu verhindern und zweckentfremdete Wohnungen wieder in den Mietmarkt zurückzuführen. Sogenanntes Homesharing, die kurzzeitige Vermietung von Teilen der Wohnung, z.B. von einem Zimmer an Studierende, soll allerdings nicht eingeschränkt werden. Das ist sicher auch nicht nötig. Aber dabei müsste doch dafür gesorgt werden, dass langjährigen Mietern nur dann unter dem Vorwand des Bedarfs zur Eigennutzung gekündigt werden darf, wenn auch wirklich Eigennutzung der Wohnung stattfindet, und zwar nicht nur zur Gewinnmaximierung und schon gar nicht steuerfrei. Man sollte auch bei allen Maßnahmen daran denken, dass trotz der finanziellen Vorteile der Touristik für unsere Stadt die jetzige Qualität ihrer Wohnquartiere nicht gefährdet wird. Ein zunehmender Übernachtungsservice wird relativ schnell auch die jeweilige Infrastruktur verändern, und zwar für die regulären Bewohner negativ. Man denke z.B. an den Umsatzverlust der letzten vor Ort ansässigen Einzelhändler und an den Rückgang der politisch stets gelobten und angestrebten nachbarschaft-lichen Netzwerke.

Die Landesseniorenvertretung könnte sich hier einschalten und die Politik mahnen, der Zweckentfremdung von Wohnungen schnell ein Ende zu setzen. Ein wenig Humanität sollte doch schon neben dem Tanz ums Goldene Kalb erhalten bleiben, oder?

### **Impressum**

Landesseniorenvertretung Bremen  
Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z.14,  
Bahnhofplatz 29, 28195 Bremen,  
Tel.: (0421) 3 61 67 69

[Seniorenvertretung@soziales.bremen.de](mailto:Seniorenvertretung@soziales.bremen.de)

<https://seniorenlotse.bremen.de/seniorenvertretung>

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Seniorenvertretungen im Lande Bremen  
**Redaktionsteam**, Tel: (0421) 3 61 67 69  
**E-Mail:** [gerd.h.feller@nord-com.net](mailto:gerd.h.feller@nord-com.net)

Der **DURCHBLICK** erscheint monatlich auch im Internet unter:

<https://seniorenlotse.bremen.de/seniorenvertretung/Durchblick>

**Redaktionsschluss:** Jeweils der 1. des Monats, der dem nächsten Erscheinungstermin vorausgeht.

**Ausgabe 223**





## **Göç konusu**

**Dr.Karl Bronke**

### **Bremen'de mülteci entegrasyonu ne drumda?**

Mülteciler Almanya'ya geldiklerinde ülkemiz onlar için yabancı ve başlangıçta onlarda bize yabancıdırlar. Entegrasyon, onların gelecekte öngörülen uzun bir zaman Almanya'da kalacağı, tüm hak ve yükümlülükleri ile toplumun bir parçası olacağı anlamına gelir. Burda önemli temeller: dil, eğitim ve iş. Fakat aynı zamanda değerler konusu da.

Dil burada diğer bütün alanlar için bir anahtar. Kalma düşüncesi ile gelen mülteciler, 700 ders birimi içeren uyum kurslarına katılmakla yükümlüdürler. Bremen Eyaleti'nde 2017 yılında bu kurslara toplam 4.261 kişi katıldı. Bu kurslarda gerekli seviyeye ulaşamadığı takdirde 300 ders brimi tekrarlama öngörülüyor. Okuma yazma bilmeyenler için özel kurslar da mevcut. Mülteci ailelerinden okul çağındaki çocuklar okullarda ön kurslarda Almanca öğrenmekte. Bu okullarda şu anda 2.831 talebe ders almakta, bunlardan %60 mülteci çocukları (diğerleri Bulgaristan ve Romanya gibi diğer ülkelerden gelmekte). Bremen şehri bu hizmetleri halk okullarında (Volkshochschule) kurslarla da vermekte. 2017 yılında 1.348 katılımcı ile 71 adet kurs gerçekleştirilmiştir.

Eğitim: Her çocuk, daha önce de belirtildiği gibi ön kurslardan sonra okula gitmek zorundadır. Sınıflardaki entegrasyon kademeli, dil desteği gerektiğinde ön kurslardan sonrada dersler sırasında verilebiliyor. Zorunlu eğitimin tamamlanmasından sonra nitelikli yeterlilik girişi sunulmakta, ancak bu şu anda 2018 yazında beklenen 800 meslek okulu mezunlarının her biri için kafi değil.

İş: İş Merkezi (Jobcenter) ve İş Bulma Ajansı (Arbeitsagentur) mültecilere genel danışmanlık ve destek hizmeti sunmakta, Avrupa Sosyal Fon'ca özel önlemler geliştirilmekte. Bremen Eyaleti'nde, Nisan 2018 de toplam 5.553 mülteci , diğer hizmetler yanı sıra teşvik desteği alıyor. 3.548 kişi işsiz. Federal İş Ajansı istatistiklerinden öğrendiğimize göre şu anda çalışabilir mültecilerin dörtte biri sosyal zorunluluk sigortası olan bir işte çalışıyor (216.000 kişi), özellikle gastronomi, inşaat sektörü ve güvenlik alanlarında çalışılıyor.

Temel değerler: Biz bir ev sahibi toplum olarak, Anayasa'da belirtildiği şekilde temel değerlerimizin kabul edilmesini bekliyoruz. Bunu sağlamak,okulların,yetişkin eğitiminin fakat aynı şekilde bütün toplumun görevi. Burda gönüllüler çok önemli bir rol oynamakta.

(Wie steht es um die Integration von Flüchtlingen in Bremen? DURCHBLICK 223, August 2018, S.2)

### **Yaz aylarında kapalı yüzme havuzlarının kapatılması**

**Ernst Benthien**

Yaz aylarında kapalı yüzme havuzlarının kapatılması büyük sıkıntı. Eklem hastalığı olan yaşlıların rahatsızlıklarını sıcak banyolarda hareketle hafifletebilme imkanları yok. Bunun dışında bu, Federal Sağlık Bakanlığı'nın Bremen Üniversitesi Leibnitz-Institut (BIPS) üzerinden teşvik ettiği yaşlılıkta hareket önlemleri ile de çelişkilidir.

Bir federal kurumun yaşlılıkta hareketliliği ve bunun için gerekli önlemleri desteklemesi ve başka bir yerde buna ters hareket edilmesi olamaz. Bremen Yaşlılar Temsilciliği, gelecekte Bremen Yüzme Havuzları Şirketi ve Senato'dan yaz aylarında kapalı yüzme havuzlarının kapatılmamasını talep ediyor. Bu karar eğer 2019 seçimlerinden önce alınacak olursa vatandaşlar tarafından mutlaka iyi karşılanacaktır.

(Zur Schließung der Hallenbäder im Sommer, DURCHBLICK 223, August 2018, S.6)

### **Yeni Eyalet İnşaat Mevzuatı**

**Ernst Benthien**

24 Mayıs 2018 de, Bremen İnşaat Mevzuatı'nın yeniden düzenlenmesi için İnşaat Senatörlüğü bir toplantı yaptı. Toplantının amacı, özel konut inşaat şirketleri ile gelecekte inşaat projelerinde tekerlekli sandalye ile erişilebilen dairelerin sayısı üzerinde uzlaşmaydı. İnşaat mevzuatına göre her sekiz daireden birinin tekerlekli sandalye kullanımı için yeterli olması gerekiyor. Tüm katılımcılarla ortak bir bayanname üzerinde anlaşmaya teşebbüs edildi. Bu teşebbüs, herhangi bir beyanname ile açıklamada bulunmaya hazır olmayan özel şirket



temsilcileri tarafından veto edildi. Bremen Yaşlılar Temsilciliği, İnşaat, İkamet ve Ulaşım çalışma grubu kararına değinerek, en azından 12 daireden birinin tekerlekli sandalye kullanımına uygun olması gerektiğini belirtti. Dr.Steinbruck (Eyalet Engelliler Temsilcisi) ve Dieter Stegmann (Kendi Hayatını Belirleme) grışimleri sonuç vermedi.

Yeni İnşaat Mevzuatı'nın (LBO) kabulünden sonra üç yıl içinde bölgelerdeki gerçek tekerlekli sandalye kullanımına uygun daire sayısı ihtiyacının tesbiti için kom.fort e.V. Derneği'ne yetki verildi. Bu amaçla, anket içeren bir çalışma raporunun Nisan 2019 a kadar verilmesi gerek. Boşalan tekerlekli sandalyeye uygun daireler ihtiyaç sahibi olanlara verilmelidir. Engelliler Temsilciliği'nin, bir sonraki toplantıda bu konu üzerinde onaylanabilmesi için ortak bir bildiri hazırlaması gerekmektedir.

(Zur neuen Landesbauordnung, DURCHBLICK 223, August 2018, S.7)

### **Danışma Kurulu konferansından haberler**

**Ernst Benthien**

14 Haziran 2018 tarihinde yapılan son Danışma Kurulu toplantısında ana konu vatandaş katılımı oldu. Prof.Dr.Mückenberger (Bremen Üniversitesi), daha fazla vatandaş katılımının sağlanması yolları üzerine bir konferans verdi. Vatandaş, idare ve politikadan oluşan üçlü bir yapıya sapip kriterler kataloğu oluşturulmalı.Vatandaş katılımının daha fazla başarılı olması için bu üçlü yapı ne yapmalı? Örneğin, semtlerde arzu edilen vatandaş katılımını desteklemek için bunu koordine eden bir yapı oluşturulmalı. Vatandaş katılım ağı ve gelişim planları arzu edilmekte. Vatandaş katılımı bazı tedbirleri protesto etmekle sınırlı değildir. İdare ve politika, geliştirme planlaması hakkında vatandaşları bilgilendirmeli ve onlarla diyalog kurmalıdır. Vatandaş katılımı konusundaki tartışmalara yaz tatilinden sonra devam edilmelidir.

Yeni Danışma Kurulu Kanunu 14.08.18 de kabul edilecek. Yaşlılar Temsilciliği burda söz almanın yanı sıra soru yöneltme hakkına da sahip olarak davet edilmiştir.

(Nachrichten aus der Beirätekonferenz, DURCHBLICK 223, August 2018, S.7)

### **Bremen Eyaleti'nde kısa süreli bakım kötü durumda**

#### **Bremen Yaşlılar Temsilciliği yatak sayısının iki katına çıkarılmasını talep ediyor**

Bremen Yaşlılar Temsilciliği ve Bremerhaven Yaşlılar Konseyi'nin, düzenli olarak yaptıkları 22 Haziran 2018 tarihli Stotel'deki ortak toplantıda, süreli bakımdaki durum her iki şehirce konu olarak ele alındı. Mevcut kısa süreli bakım yatak sayısı ve kısa süreli bakım tesislerine dayanarak, her iki kuruluş tarafından kapasitenin ihtiyacın karşılanmasından çok uzak olduğu ve yatak sayısının yeterli olmadığı tesbit edilmiştir.

Her iki organizasyon, kısa süreli bakımda Bremen ve Bremerhaven'da yatak sayısının bugünkü mevcut sayının iki katına çıkarılmasını önemle talep ediyor. Buna ek olarak da bakım alanlarının sık sık bakım evi denetleyicileri tarafından kontrol edilmesini öneriyor.

Aynı şekilde, Bremen YaşlılarTemsilciliği ve Bremerhaven Yaşlılar Konseyi, kısa süreli bakımın bir parçası olarak hospiz (ölümcül hastaların son günlerindeki bakımı) ve palyatif (tedavi olanağı kalmayan hastaların bakımı) bakım için de büyük ihtiyaç olduğunu görüyor ve acil bir uygulama, bilhassa Bremerhaven için, talep ediyorlar.

(PM zur Kurzzeitpflege im Land Bremen, 22 Juni 2018, S.6)

### **Bremen eyaletindeki yaşlılar temsilciliği**

**Yaşlılar temsilciliği politik partilere, dini mezheplere mensup olmayan ve Bremen senatosu tarafından onaylanmış politik bir temsilcilikdir.**

**Tercüme/Editör:** Zeynep Sümer  
Mit Unterstützung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen,  
Integration und Sport; Referat Integration